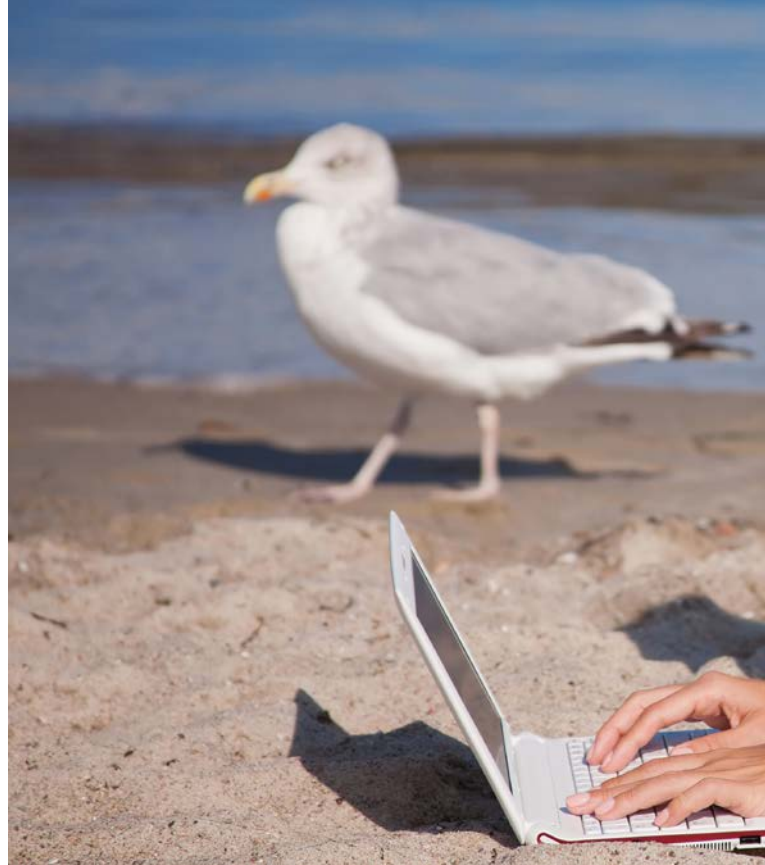


Die Digitalisierung der Verwaltung und der Aufbau umfassender elektronischer Bürger- und Unternehmensdienste stellen deutsche Kommunen vor große Herausforderungen in den kommenden Jahren. In Schleswig-Holstein sind die Ziele für eine moderne elektronische Verwaltung in einer eigenen E-Government-Strategie des Landes festgelegt.

Die Strategie unterteilt die erforderlichen Umsetzungsaktivitäten in drei Bereiche: den Nutzen für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft, die Verwaltungsmodernisierung und den Aufbau von E-Government-Infrastrukturen. Das 2017 verabschiedete, bundesweit geltende Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs (OZG) verpflichtet zudem die Kommunen, bis zum Jahr 2022 alle Verwaltungsleistungen digital abrufbar anzubieten.

Die in Schleswig-Holstein auf kommunaler Ebene vorhandenen übergreifenden Einrichtungen sollen in die Lage versetzt werden, passende Lösungsansätze zur erfolgreichen Umset-



E-Government in Schleswig-Holstein

Mit interkommunaler Zusammenarbeit zum Erfolg

zung der gesetzlichen Vorgaben zu entwickeln. Derzeit unterstützen in Schleswig-Holstein vier Einrichtungen den Ausbau von E-Government auf kommunaler Ebene: Kommunales Forum für Informationstechnik (KomFIT), Breitbandkompetenzzentrum Schleswig-Holstein (BKZ-SH), IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH) und Einheitlicher Ansprechpartner Schleswig-Holstein (EA-SH). Unter Federführung der Kommunalen Landesverbände in Schleswig-Holstein (KLV) sollen deshalb die Institutionen für kommunales E-Government neu strukturiert werden.



Lennart Strelau
Senior Consultant, PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH



Junis Sahib
Consultant, PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Neues kommunales Kompetenzzentrum für E-Government als Ziel

Für die in diesem Rahmen neu zu schaffende Organisation – die den Namen ITVSH übernehmen soll – existieren klare Zielvorstellungen: Sie soll die Aufgaben der Ursprungsorganisationen bündeln und ein starker Partner für das Land, für Dienstleister und andere Kooperationspartner sein. Auch soll sie im Dienste aller Kommunen des Landes wirken und deren Anforderungen, Themen und Ergebnisse auf dem Gebiet des E-Governments nach innen und außen vertreten. Hierfür soll die künftige Organisation ein Kompetenzzentrum bilden, das auch für die KLV eine Beratungsfunktion einnimmt.

Durch die Etablierung der künftigen Organisation ITVSH sollen zudem die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um die aktuellen gemeinschaftlichen Projekte der KLV und des Landes umsetzen zu können. Zudem erhält die Organisation den umfassenden Auftrag, die Kommunen Schleswig-Holsteins insgesamt zu unterstützen und den interkommunalen Austausch dauerhaft zu fördern.



Foto: © Olasys Shelomera - stock.adobe.com

Mehrstufiger Transformationsprozess unter Beteiligung der Kommunen

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH unterstützte die KLV entlang des gesamten Transformationsprozesses. Dazu gehörten die Konzeption der neuen Organisation in verschiedenen Dimensionen, die Moderation des Dialog- und Beteiligungsprozesses, die Prüfung rechtlicher Themen und die Planung notwendiger Umsetzungsmaßnahmen.

Im ersten Schritt erfolgte die Moderation des Dialogs mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen und den Beschäftigten der Ursprungsorganisationen. Hierbei wurden Fachinterviews mit den Leitungen der beteiligten Einrichtungen geführt sowie Workshops mit Kommunalvertretern moderiert, in denen die wesentlichen Rahmenbedingungen und Prämissen für die Entwicklung eines Organisationskonzepts erhoben wurden.

Im Folgenden wurde die konzeptionelle Grundlage der Organisationsstruktur der neu zu schaffenden Organisation erarbeitet. Dazu gehörten beispielsweise die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Finanzierungsstrukturen und die notwendige personelle Ausstattung.

Zur Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen griff die PD auf eine wissenschaftliche Einrichtung auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaften zurück, einen Kooperationspartner der PD. Das verwaltungswissenschaftliche Institut entwickelte im Auftrag der KLV und in Abstimmung mit der PD zudem einen Vorschlag, um die rechtlichen Grundlagen für die Umsetzung der neuen Organisations-

strukturen zu schaffen. Ein darauf aufbauender Gesetzentwurf soll bis Jahresende durch den Landtag Schleswig-Holstein beraten und beschlossen werden. Als abschließender Schritt des Beratungsauftrags der PD wurde eine detaillierte Umsetzungsplanung erstellt. Diese beschreibt die zur Neugründung notwendigen Schritte, zugehörige Fristen, zentrale Meilensteine und Verantwortlichkeiten.

Die konzeptionelle Vorarbeit der PD bildet die Basis für die weiteren formalen Schritte zur Gründung der neuen Organisation. Nachdem der Landtag die rechtliche Grundlage beschlossen hat, sollen die bestehenden Strukturen überführt und die Gründung der Zielorganisation zu Beginn des Jahres 2019 vollzogen werden. Für die künftige Entwicklung der Organisation sollen die thematischen Schwerpunkte in mehreren Ausbaustufen kontinuierlich erweitert werden:

Die Kompetenzzwerpunkte der zu schaffenden Organisation



Interkommunale Kooperation als zentraler Erfolgsfaktor der Digitalisierung

Die kommunalen Herausforderungen im Bereich E-Government benötigen innovative und individuelle Lösungsansätze und eine starke Vernetzung der zentralen Akteure. Das ITVSH ist hierfür beispielhaft: Mit der interkommunalen Organisation wird die Verwaltungsmodernisierung im Land Schleswig-Holstein durch zukunftsfähige Strukturen maßgeblich unterstützt. Dabei werden die Vorteile interkommunaler Zusammenarbeit durch die Bündelung von Fachwissen, die klare Abgrenzung von Zuständigkeiten und die Ressourcenbündelung und Harmonisierung bei der Bearbeitung von E-Government-Themen voll ausgeschöpft. Durch den gewählten Beratungsansatz, der auf Beteiligung und Einbindung kommunaler Vertreter setzte, konnten zudem die spezifischen kommunalen Interessen und Anforderungen im Bereich des E-Government stets mitberücksichtigt werden.